

**Nora Feline Pösl/Karim Fereidooni: Existierst du nur oder partizipierst du schon? Demokratie- und Partizipationseinstellungen von geflüchteten und nicht-geflüchteten Schüler\*innen mit und ohne Migrationshintergrund an Berufskollegs. Frankfurt/Main: Wochenschau Verlag 2023. 208 Seiten. ISBN 978-3-7344-1609-5. 36,00 Euro (auch als E-Book erhältlich).**

Hinter dem für eine empirische Studie ungewöhnlichen Titel verbirgt sich ein spezielles wie generell interessierendes Vorhaben. Die Verfasser:innen gehen einem Fragekomplex nach, der untersucht, welche Einstellungen Schüler:innen zur Demokratie und zu Partizipationsmöglichkeiten haben und ob es diesbezüglich Unterschiede zwischen Schüler:innen ohne, Schüler:innen mit Migrationshintergrund und solchen mit Fluchterfahrungen gibt. Dass dabei auch der Umgang mit Minderheiten und Diskriminierungserfahrungen in den Blick geraten (müssen), versteht sich von selbst. Pösl und Fereidooni wollen so letztendlich Möglichkeiten und Grenzen schulischen Politikunterrichts abstecken. Insofern ist die Studie generell von Interesse für das Themenfeld Schule und Demokratiebildung. Dass für das Vorhaben Schüler:innen berufsbildender Schulen im Ruhrgebiet befragt worden sind, mag als regionaler und schulformspezifischer Blick gelten, sollte dennoch die Studie nicht nur als eine auf einem speziellen Erkenntnisinteresse beruhende Untersuchung erscheinen lassen – schließlich dürften in kaum einem anderen Bereich schulischer Bildung jenseits des Elementarbereichs derart heterogene Schüler:innenschaften zu finden sein wie im Bereich der berufsbildenden Schulen.

Eines kann insgesamt laut Studie konstatiert werden: Schüler:innen ohne Migrationshintergrund, Schüler:innen mit Migrationshintergrund und Schüler:innen mit Fluchterfahrungen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Einstellungen zu Demokratie und deren Prinzipien nicht grundsätzlich, die Zustimmung zum politischen System der Bundesrepublik fällt grundsätzlich außerordentlich breit aus. Meinungsvielfalt, ein Parteienspektrum, das diese spiegelt, Schutz und Rechte von Minderheiten, Demonstrationenfreiheit etc. – alles das wird positiv gesehen. Aber: Rund die Hälfte der befragten Schüler:innen fühlt sich mit ihren Einstellungen und Wünschen nicht wirklich berücksichtigt und möchte mehr Einfluss ausüben können auf politische Entscheidungen. Auch zwischen dem rechtlichen Schutz von Minderheiten und seiner Umsetzung bzw. den im Alltag wahrgenommenen Diskriminierungen sehen die Befragten Diskrepanzen. Ebenso sind autoritative Einstellungen auffällig, wenn es um darum geht, wie weit und stark der Staat kontrollierend, überwachend und sanktionierend tätig werden sollte. Auch fällt auf, dass rund die Hälfte der Schüler:innen die Befolgung religiöser Gebote als wichtiger erachtet als die des Staats, auch wenn die Trennung von Staat und Religion mehrheitlich begrüßt wird.

Bezüglich der Unterschiede zwischen Schüler:innen ohne, Schüler:innen mit Migrationshintergrund und solchen mit Fluchterfahrungen ist laut Studie festzuhalten, dass letztere Gruppe eine z. T. deutlich positivere Einstellung zur bundesrepublikanischen Verfassung besitzt und zur Frage, ob Minderheiten ausreichend unterstützt und geschützt werden. Möglichkeiten der politischen Beteiligung werden ebenfalls positiver

einschätzt und die Gruppe zeigt sich auch interessierter an politischen Themen. Allerdings sehen Schüler:innen mit Fluchterfahrung auch, dass ihnen häufig ein geringer ausgeprägtes Verständnis von und für Demokratie zugeschrieben wird. Und: Wenn es um die rechtliche und soziale Stellung von homosexuellen Paaren geht, zeigen sich zwischen Schüler:innen ohne und mit Migrationshintergrund einerseits und solchen mit Fluchterfahrungen andererseits Unterschiede, die für letztere Gruppe auf eine latente Homophobie schließen lassen.

Hier können nur in aller Kürze die wesentlichsten Ergebnisse zusammenfassend referiert werden. Die Verfasser:innen legen im Hauptteil der Studie detaillierte, nach allen Regeln der statistisch-sozialwissenschaftlichen Kunst durchgeführte Analysen ihrer Befragungsergebnisse vor und stellen Zusammenhänge und Querbezüge zwischen den befragten Aspekten heraus. Zahlreiche Grafiken illustrieren ihre Befunde, Zwischenzusammenfassungen helfen, das Vorgehen nachzuvollziehen. So ergibt sich für Leser:innen transparent, wie Pösl und Fereidooni zu ihren Schlussfolgerungen kommen.

Die Analyse führt Pösl und Fereidooni in sehr kurzen Darlegungen dazu, was die Ergebnisse für den Politikunterricht bedeuten. Die Verfasser:innen sprechen von „Implikationen“, die vielfach allerdings nicht allzu überraschend ausfallen, sondern eher Punkte ansprechen, die schon immer für den Politikunterricht eine Rolle gespielt haben. So wird die Bedeutung von politischer Bildung für die Demokratiebildung unterstrichen, ebenso werden die Rolle der Motivierung zu Partizipation und die Thematisierung von (gelungener wie misslungener) Partizipation im Unterricht herausgestellt. Dass politische Selbstwirksamkeitserfahrungen auch durch Partizipationserfahrungen in der Schule ermöglicht werden sollten, gehört ebenso zu den angesprochenen „Implikationen“ wie die des kritischen Umgangs mit Medien. Soweit sind die Feststellungen von Pösl und Fereidooni nicht wirklich neu, bringen aber noch einmal ins Bewusstsein, was zentral für politische Bildung und damit auch für den schulischen Politikunterricht sein sollte – und vielleicht doch allzu oft im Alltagsgeschäft von Schule und Unterricht in Vergessenheit zu geraten droht.

Die weiteren von den Verfasser:innen genannten „Implikationen“ wären allerdings in der Tat, und da ist Pösl und Fereidooni zu folgen, nachdrücklicher zu berücksichtigen bzw. gerade mit Blick auf die Tatsache, dass Schüler:innen ohne, Schüler:innen mit Migrationshintergrund und Schüler:innen mit Fluchterfahrungen die Schulen besuchen, systematischer anzugehen und ggf. auch politikdidaktisch deutlicher in Rechnung zu stellen. Erstens müssten wahrgenommene Diskriminierungen, Diskrepanzen zwischen rechtlicher Stellung von Minderheiten und tatsächlicher sozialer und ökonomischer Situation und eine diskriminierungssensible Haltung von Lehrkräften sehr viel deutlicher thematisiert werden. Und zweitens müsste das Verhältnis von Staat und Religion mehr Raum im Politikunterricht erhalten.

Die lesenswerte Studie von Pösl und Fereidooni arbeitet anhand einer speziellen Perspektive und auf empirischer Grundlage zentrale Aspekte und Problemlagen heraus,

die für Schule und (Politik-)Unterricht generell (und damit auch für die Lehrkräftebildung) von Bedeutung sind – nämlich auf welcher Grundlage und vor allem wie Schule und (Politik-)Unterricht vor dem Hintergrund, dass Schüler:innen ohne, Schüler:innen mit Migrationshintergrund und Schüler:innen mit Fluchterfahrungen zu einem nicht unerheblichen Teil die vielbeschworene Heterogenität von Schüler:innen ausmachen, agieren können/sollten/müssten, um zum Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft beizutragen. Nebenbei räumt die Studie mit einem immer wieder zu vernehmenden und kolportiertem Vorurteil auf, Schüler:innen mit Migrationshintergrund und/oder Fluchterfahrungen seien eher demokratiefremd und daher tendenziell eine Belastung für die bundesrepublikanische Demokratie.

*Bernhard Seelhorst*

*Redaktion SEMINAR*